



Nr. 37

18. September 2013

Inhalt

[dbb Bundesvorstand: Neue Bundesregierung erhält konkrete Vorschläge zur Zukunft des öffentlichen Dienstes+++](#)
[Tarifverhandlungen für Lehrkräfte in Sachsen aufgenommen - dbb Verhandlungsführer Russ: Substanzielle Fortschritte möglich+++](#)
[dbb Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra: Einseitige Belastungen der Beamtenschaft sind unzulässig+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[SBB fordert Lösung des Personalproblems an Schulen+++](#)
[Kritik des dbb sachsen-anhalt erfolgreich: Landesregierung schafft Ausnahmen bei der Kostendämpfungspauschale+++](#)
[BBW-Chef Stich warnt vor Bürgerversicherung: Verschlechterung der medizinischen Versorgung als Folge+++](#)
[DSTG-Chef Eigenthaler: Fehlende richterliche Entscheidungen verhindern Bearbeitung von Einsprüchen+++](#)
[GDL kämpft weiter für klare Tarifstrukturen bei der Usedomer Bäderbahn – Weselsky: Endlich Nägel mit Köpfen machen!+++](#)
[VLW-Doppelspitze verlangt Neupositionierung der kaufmännischen Berufsschule+++](#)
[BDF wehrt sich gegen rein wasserwirtschaftlich ausgerichtete Waldbewirtschaftung+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb Bundesvorstand: Neue Bundesregierung erhält konkrete Vorschläge zur Zukunft des öffentlichen Dienstes

(dbb) Auf der Sitzung des dbb Bundesvorstands am 17. September 2013 in Berlin hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt angekündigt, der neuen Bundesregierung offensiv konkrete Vorschläge zur Zukunft des öffentlichen Dienstes zu unterbreiten. „Wir brauchen ein Konzept, das die finanziellen Rahmenbedingungen, die demografische Entwicklung und besonders die berechtigten Interessen der Beschäftigten unter einen Hut bringt. Der dbb wird die Debatte darüber weiter führen und ihr zusätzlichen Schwung verleihen.“

Für die notwendigen Reformen in der kommenden Legislaturperiode werde der dbb sich weitere Partner suchen, um einen möglichst breiten Konsens und damit langfristige Lösungen für den öffentlichen Dienst zu finden. „Die Föderalismusreform ist nicht der Weisheit letzter Schluss, das sehen wir heute sehr deutlich. Hier gilt es nachzubessern“, so Dauderstädt.

„Die Altschulden-Thematik ist ebenfalls nicht vom Tisch“, mahnte der dbb Chef. Bereits vor über einem Jahr habe der dbb das Thema mit der Kirchhof-Studie auf der politischen Agenda platziert. „Leider erkenne ich nicht, dass die Politik sich dem in vollem Umfang stellt. Dabei ist eine gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit den Altschulden unausweichlich.“ (01/37/13)

Tarifverhandlungen für Lehrkräfte in Sachsen aufgenommen - dbb Verhandlungsführer Russ: Substanzielle Fortschritte möglich

(dbb) Am 16. September 2013 sind die Tarifverhandlungen zur Altersteilzeit für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in Sachsen offiziell aufgenommen worden. Vorgegangen war ein langes Tauziehen zwischen Gewerkschaften und Landesregierung. Direkt vor den ersten Verhandlungen in Dresden, die unter anderem die Gestaltung des Generationenwechsels im Bereich der sächsischen Lehrerinnen und Lehrer beinhalten, hatte der dbb seiner Verhandlungskommission mit einer Aktion vor dem Finanzministerium noch einmal den Rücken gestärkt: „Nur Mut, Herr Minister,“ hieß es auf einem großen Transparent, „verhandeln tut nicht weh!“

„Mit diesem an den sächsischen Finanzminister Georg Unland gerichteten Appell machen wir klar, dass es uns um konstruktive Verhandlungen geht“, sagt Willi Russ, Fachvorstand Tarif und Zweiter Vorsitzender des dbb. „Grundlage dafür muss der von uns gemeinsam mit der GEW erarbeitete Forderungskatalog sein.“

Unter dem Motto ‚Den Generationenwechsel gemeinsam gestalten‘ wird in dem Papier ein Paket von Maßnahmen vorgeschlagen. „Es geht hier um Herausforderungen, denen sich die Tarifparteien gemeinsam stellen müssen“, sagte dbb Verhandlungsführer Russ. „Dann können wir sicher bald substanzielle Fortschritte erreichen.“

In dem Paket gebündelt sind Vorschläge zur tarifvertraglichen Ausgestaltung der Altersteilzeit und zur tariflichen Regelung einer besseren Eingruppierung der sächsischen Lehrkräfte. Russ bekräftigte, dem dbb sei besonders daran

gelegen, dass das Land Sachsen wie angekündigt eine Entgeltordnung in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf den Weg bringt, die spätestens zur Einkommensrunde 2015 ausverhandelt sein soll.

Das Paket sieht darüber hinaus Maßnahmen vor, die die Attraktivität des Lehrerberufs erhöhen und zu erfolgreicher Nachwuchsgewinnung beitragen sollen. Dabei geht es unter anderem um verbesserte Arbeitsbedingungen in den Schulen, Werbung für den Lehrerberuf und eine bessere Beratung der Lehramtsstudierenden. Diesbezüglich wurden weitere Gespräche vereinbart.

Die Verhandlungen zur Altersteilzeit wurden bis Anfang November terminiert.

Zur Aufnahme von Tarifverhandlungen zur Lehrereingruppierung bestehen allerdings nach

wie vor unterschiedliche Auffassungen. (02/37/13)

dbb Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra: Einseitige Belastungen der Beamtenschaft sind unzulässig

(dbb) Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra ist überzeugt: Unter dem Joch der ‚Schuldenbremse‘ muss mit den Beamten ausgerechnet die Gruppe für das haushalterischen Versagen der Politik am meisten zahlen, die sich am wenigsten dagegen wehren kann. Bund und Länder müssten laut Verfassung bestimmte Aufgaben erfüllen. Das täten sie entsprechend mittels auf die Verfassung vereidigten Personals. „Dieses Personal hat daher auch einen Fürsorgeanspruch. Einseitige Belastungen der Beamtenschaft sind nicht zulässig“, so Benra am 11. September 2013 in Mainz auf der Diskussionsveranstaltung „Öffentlicher Dienst: Motivationskiller Föderalismusreform“ des dbb rheinland-pfalz.

„Als Zeichen der Wertschätzung sollte das Personal bei der Bewältigung der Folgen der ‚Schuldenbremse‘ ein besonderes Mitspracherecht bekommen“, so der dbb Fachvorstand Beamtenpolitik weiter. Der dbb werde sich zudem weiter für eine Image-Verbesserung des öffentlichen Dienstes einsetzen. „Denn Beamte dürfen nicht immer als Prügelknaben missbraucht werden.“

Benras Auffassung unterstrich die Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz Lilli Lenz: „Ganz besonders die Beamtinnen und Beamten werden als Steinbruch für raubbauartige Sparwut infolge verkorkster Haushaltspolitik missbraucht,

die sie selbst nicht zu verantworten haben.“ Die Maßnahmen zum Nachteil der Betroffenen kumulierten über die Jahre im Verhältnis zur Teuerung, der Geldentwertung und den Zuwächsen in anderen Branchen zu einer deutlichen Alimentationslücke. Durch die gegenwärtige „5x1 Prozent“-Deckelung in Rheinland-Pfalz von Besoldung und Versorgung werde dies in skandalöser Weise weiter verstärkt. „Beamte und Versorgungsempfänger wollen das, was ihnen zusteht und keine weiteren, dauerhaften Sonderopfer“, so die dbb Landeschefin. (03/37/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

SBB fordert Lösung des Personalproblems an Schulen

(dbb) Der neu gewählte Vorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes SBB, Gerhard Pöschmann, hat in seinem ersten Gespräch mit der sächsischen Kultusministerin Brunhild Kurth die derzeitige Unterrichtssituation sowie die geplante Höhergruppierung nur eines Teils der Mittelschullehrer kritisiert. „Bei einem schon in der Planung zum laufenden Schuljahr eingeschmolzenen Ergänzungsbereich von fünfzig Prozent und weniger bleibt die individuelle Förderung unserer Kinder auf der Strecke. Wenn jetzt die erste Lehrkraft krank wird, ist der Unterrichtsausfall quasi absehbar“, sagte Pöschmann am 11. September 2013 in Dresden.

Der SBB-Chef forderte „endlich eine Planung vorzunehmen, die nicht nur den Grundbereich abdeckt, sondern auch einen Spielraum für Arbeitsgemeinschaften und die Förderung besonderer Talente zulässt.“ Die für das Programm ‚Unterrichtsgarantie‘ befristet zur Verfügung gestellten Stellen müssten dazu entfris-

tet und mit fest eingestellten Lehrkräften besetzt werden.

Das angelaufene „Springerprogramm“ für Nachwuchslehrkräfte wurde ebenfalls kritisiert. „Ständig wechselnde Schulen, möglicherweise auch verschiedene Schularten und immer nur ein kurzer Kontakt mit laufend neuen Schülern

kann für Berufsanfänger kein guter Start in das Berufsleben sein“, machte der stellvertretende SBB-Landesvorsitzende Wolfgang Renner deutlich.

Der Sächsische Beamtenbund regte die Einrichtung einer Lehrerreserve an. Damit könnten ausfallende Unterrichtsstunden in allen Schulen abgesichert und eine kontinuierliche Arbeit gewährleistet werden.

Beide Vertreter des SBB äußerten ihre Unzufriedenheit über die geplante Höhergruppierung nur eines Teils der Mittelschullehrer im Rahmen der geplanten Dienstrechtsreform. „In ganz Deutschland werden Mittelschullehrer besser bezahlt als in Sachsen. Da muss man sich nicht wundern, wenn es Bewerber aus anderen Bundesländern nicht hier her zieht“, so Pöschmann abschließend.
(04/37/13)

Kritik des dbb sachsen-anhalt erfolgreich: Landesregierung schafft Ausnahmen bei der Kostendämpfungspauschale

(dbb) Die Erhebung einer Kostendämpfungspauschale entfällt für Aufwendungen für Früherkennungsuntersuchungen und Vorsorgemaßnahmen sowie für Aufwendungen wegen dauernder Pflegebedürftigkeit. Die Landesregierung hat damit die Kritik des dbb sachsen-anhalt berücksichtigt und Ausnahmetatbestände von der Kostendämpfungspauschale geschaffen.

Der dbb sachsen-anhalt hatte kritisiert, dass eine Kostendämpfung in den Bereichen Früherkennungsuntersuchungen und Vorsorgemaßnahmen kontraproduktiv sei. Durch den pauschalen Abzug am Jahresanfang könnten Vorsorgemaßnahmen aus finanziellen Gründen unterbleiben und mögliche höhere Folgekosten wegen Gesundheitsschäden künftig nicht auszuschließen sein. Aus sozialen Gründen hatte der dbb auch einen Ausnahmetatbestand von der Kostendämpfungspauschale für dauerhaft Pflegebedürftige gefordert.

Die Kritik des dbb zur Kombination von Eigenbehalten und einer Kostendämpfungspauschale ist nach Ansicht der Landesregierung jedoch unberechtigt. Diese Kombination gebe es auch in anderen Bundesländern (Bremen, Hamburg und Sachsen). Außerdem sei zu berücksichtigen, dass in den Bundesländern, die nur eine Kostendämpfungspauschale haben, diese in der Regel deutlich höher liegt als bei der in Sachsen-Anhalt beabsichtigten Regelung. Von einer finanziellen Doppelbelastung könne also nicht die Rede sein. Auch dem Argument einer nicht akzeptablen weiteren Schlechterstellung der Beamten im Zusammenwirken der Kosten-

dämpfungspauschale mit der Streichung von Jahressonderzahlungen und den zeitversetzten Besoldungsanpassungen 2013 und 2014 ist die Landesregierung nicht gefolgt.

Eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt sei auch nach Einführung einer Kostendämpfungspauschale noch attraktiv. Das Land habe die Tarifiergebnisse bisher immer inhaltsgleich auf die Besoldung und Versorgung übertragen. Dies sei längst nicht mehr selbstverständlich. Die Frage der Gleichbehandlung der Statusgruppen im öffentlichen Dienst stelle sich nicht, da die Regelungen, denen Beamte und Tarifbeschäftigte unterliegen, zu unterschiedlich sind.

Die Landesregierung will mit der Einführung einer Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe Personalausgaben senken. Dazu hat sie den Entwurf dienstrechtlicher Regelungen im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2014 vorgelegt. Haushalt und Haushaltsbegleitgesetz 2014 wurden am 12. September 2013 in erster Lesung im Landtag beraten.
(05/37/13)

BBW-Chef Stich warnt vor Bürgerversicherung: Verschlechterung der medizinischen Versorgung als Folge

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat vor einer allgemeinverbindlichen Bürgerversicherung gewarnt. Mit einer solchen Einheitsversicherung werde zwangsläufig eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung einhergehen, sagte BBW-Chef Volker Stich am 12. September 2013 in Stuttgart. Dass die Bundesrepublik gegenwärtig auf diesem Gebiet europaweit eine Spitzenposition einnimmt führt Stich, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, „auf das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung und die damit verbundene Querfinanzierung teurer medizinischer Leistungen durch Privatversicherte“ zurück.

Gegenwärtig gewährt das Land Baden-Württemberg neu eingestellten Beamten 50 Prozent Beihilfe auf anfallende Arznei- und Behandlungskosten, 70 Prozent für Ehepartner, die nicht mehr als 10.000 Euro im Jahr verdienen, 80 Prozent für Kinder und 70 Prozent für Versorgungsempfänger. Die Beihilfeleistungen habe das Land kontinuierlich an die Leistungen und auch Einschränkungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) angepasst, machte Stich deutlich und unterstrich: „Von einer Privilegierung kann keine Rede sein.“

Nach Auffassung des BBW-Vorsitzenden ist das Beihilfesystem in Kombination mit der privaten Versicherung im Vergleich mit der GKV auch

das „kostenkritischere“ System. Stich verwies auf die Möglichkeit der Kostenkontrolle, die Beihilfeberechtigte als Privatversicherte haben. Sie wären im Gegensatz zu GKV-Versicherten jederzeit in der Lage, die erbrachten und abgerechneten ärztlichen Leistungen zu kontrollieren und täten dies auch allein schon im eigenen Interesse, damit sie am Ende nicht auf Kosten sitzenbleiben, die weder die Beihilfe noch die Kasse erstattet.

Zudem sei man beim BBW davon überzeugt, dass PKV-Versicherte aufgrund ihres höheren Kostenbewusstseins überflüssige Arztbesuche vermeiden und gegebenenfalls auch Behandlungen einschränken.
(06/37/13)

DSTG-Chef Eigenthaler: Fehlende richterliche Entscheidungen verhindern Bearbeitung von Einsprüchen

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, sieht in dem Anstieg unerledigter Einsprüche aus 2012, die eine kürzlich veröffentlichte Statistik des Bundesfinanzministeriums aufzeigt, keine außergewöhnliche Entwicklung. Hintergrund für den Anstieg um knapp 14 Prozent im Vergleich zu 2011 seien nach aller Wahrscheinlichkeit „Masseneinsprüche“ von Steuerzahlern wegen ausstehender Gerichtsurteile etwa in Steuerfragen etwa vom Bundesfinanzhof.

Von den vier Millionen unerledigten Einsprüchen könnten 2,56 Millionen nicht bearbeitet werden, weil noch richterliche Entscheidungen ausstünden. Der Anstieg bei den unbearbeiteten Einsprüchen sei insofern „völlig unproblematisch“, sagte Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, am 17. September 2013 der Nachrichtenagentur AFP. Geklärt werden müssten unter anderem noch Fragen zur Abzugsfähigkeit von Krankheitskosten, Rentenversicherungsbeiträgen oder Ausgaben für die Kinderbetreuung, sagte Eigen-

thaler. Auch Fragen im Erbschaftssteuerbereich seien noch offen.

Laut der Statistik des Finanzministeriums lagen Anfang 2012 bei den Finanzbehörden noch 3,53 Millionen unbearbeitete Einsprüche. 4,14 Millionen Einwendungen gingen demnach im Jahresverlauf neu ein, 3,65 Millionen Einsprüche wurden abgearbeitet. Dies waren den Angaben zufolge zwölf Prozent weniger als im Vorjahr.
(07/37/13)

GDL kämpft weiter für klare Tarifstrukturen bei der Usedomer Bäderbahn – Weselsky: Endlich Nägel mit Köpfen machen!

(dbb) In der Auseinandersetzung zwischen den Arbeitgebervertretern der Usedomer Bäderbahn (UBB) und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) brachte auch ein Warnstreik keine Annäherung. „Die Pendler und Touristen scheinen die Arbeitgeber nicht wirklich zu interessieren. Wie sonst kann das konsequente Verschließen der Augen vor den Tatsachen verstanden werden“, zeigte sich der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky am 12. September 2013 verwundert. „Beim heutigen vierstündigen Streik standen bis zu 80 Prozent der Züge still“, sagte Weselsky, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist.

Die UBB verweigert, obwohl schon zugesagt, die Einführung des Flächentarifvertrags für Lokomotivführer (BuRa-LfTV), der schon für 97 Prozent aller Lokomotivführer in Deutschland gilt. Die UBB-Lokomotivführer erhalten bis zu 40 Prozent weniger Tabellenentgelt als vergleichbare Kollegen im DB-Konzern, obwohl sie die gleichen Aufgaben erledigen. Gleichzeitig beabsichtigt die UBB die Lokomotivführer in die Vorpommernbahn auszugliedern. „Statt

Ausgliederungen, der Ablehnung des Flächentarifvertrags und dem Pochen auf Niedriglöhne muss die UBB nun endlich Nägel mit Köpfen machen und den BuRa-LfTV in ihrem Unternehmen einführen“, stellte Weselsky klar. Die GDL fordert klare Tarifstrukturen. Sie sei zwar bereit, auch die Vorpommernbahn zu tarifieren. Zuerst müsse der Tarif jedoch bei der UBB stehen.
(08/37/13)

VLW-Doppelspitze verlangt Neupositionierung der kaufmännischen Berufsschule

(dbb) „Die ‚Akademisierung der beruflichen Bildung‘ ist mittlerweile für mich zum bildungspolitischen Reizwort geworden“, meldete sich die Bundesvorsitzende des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW), Angelika Rehm, am 16. September 2013 in der Diskussion um die zukünftige Gestaltung der Berufsausbildung zu Wort. Rehm hält den Fortbestand des dualen Berufsbildungssystems für mehr als gefährdet. Betroffen sind ihrer Auffassung nach insbesondere die Ausbildungsbereiche wie Bank, Industrie, Steuern, Versicherungen und vergleichbare theoriebetonte Ausbildungsberufe.

Ursächlich für diese Entwicklung seien die sich immer stärker etablierenden dualen Studiengänge, bei denen - vergleichbar zum alt bekannten dualen System - der Part der Berufsschule durch die Fachhochschule oder durch die Universität wahrgenommen werde, während der Betrieb weiterhin für die überwiegend praktische Ausbildung zuständig bleibt. Um diesem Trend entgegen zu wirken setzt sich der VLW daher nachdrücklich dafür ein, eine weitere Schwächung des dualen Systems in einzelnen Ausbildungsbereichen nicht zuzulassen: „Es ist unabdingbar, dass man den Berufsschulen die notwendigen Freiräume einräumt, um neue Ausbildungskonzepte zu entwickeln, die konkurrenzfähige Berufsausbildungen im dualen System kreieren“, unter-

stützte der VLW-Bundesvorsitzende Ernst G. John die Auffassung seiner Amtskollegin.

Bei der Neupositionierung der kaufmännischen Berufsschule sei beispielsweise an spezielle Abiturientenausbildungen, an Verknüpfungen von ausgewählten dualen Ausbildungen mit Fachschulbildungsgängen oder an Ausbildungskooperationen von Berufsschulen und Fachhochschulen beziehungsweise Universitäten zu denken. „Die erforderlichen gut qualifizierten Wirtschaftspädagoginnen und –pädagogen sind im Berufsbildungssystem vorhanden“, bekräftigten Rehm und John und forderten die im Bund und in den Ländern für die berufliche Bildung Verantwortlichen zum Handeln auf: „Die Zeit drängt!“
(09/37/13)

BDF wehrt sich gegen rein wasserwirtschaftlich ausgerichtete Waldbewirtschaftung

(dbb) Mit Entschiedenheit hat sich der Bund Deutscher Forstleute (BDF) gegen eine einseitig auf rein wasserwirtschaftliche Notwendigkeiten abgestellte Waldbewirtschaftung gewandt. „Eine einseitig ausgerichtete Bewirtschaftung unserer Wälder lehnen wir grundsätzlich ab. Sie ist nicht nur fachlich unhaltbar sondern widerspricht auch der Ausrichtung auf eine multifunktional nachhaltige Forstwirtschaft, die alle Waldfunktionen gleichermaßen im Blick hat und verzerrt zudem die Dimensionen der Nachhaltigkeit“, kommentierte der BDF-Bundesvorsitzende Hans Jacobs am 17. September 2013 den Entwurf eines gemeinsamen Arbeitsblatts des Deutschen Vereins des Gas und Wasserfachs e.V. (DVWG) und der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA).

Im DVWG/DWA-Arbeitsblatt „Grundsätze und Maßnahmen einer Gewässer schützenden Waldbewirtschaftung“ stelle die Wasserwirtschaft ihre speziellen Anforderungen über alle anderen Leistungen des Waldes, kritisierte der BDF-Bundesvorsitzende. Jacobs riet den Verbänden zu einer grundlegenden Überarbeitung ihres Papiers und forderte sie auf, „die Gespräche zu freiwilligen Kooperationen zwischen dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und dem Deutschen Forstwirtschaftsrat (DFWR) als zentralen Gre-

mien beider Wirtschaftszweige nicht zu torpedieren.“ So könne allen Interessen Rechnung getragen werden.

„Das Zeitalter ordnungspolitischer Keulen zur Durchsetzung sektoraler Interessenslagen gehört seit langem der Vergangenheit an. Auch die Wasserwirtschaft sollte anfangen, die Forstwirtschaft als Partner zu betrachten“, so Jacobs abschließend.
(10/37/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann und der Vorsitzende des BBW Beamtenbund und Tarifunion **Volker Stich** haben die Sommerpause genutzt, um ihr angespanntes Verhältnis zu besprechen. Dabei seien „gewisse Verstimmungen“ bereinigt worden, zitierte „schwäbische.de“ am 12. September 2013 BBW-Chef Stich, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist. Einzelheiten habe Stich keine genannt, so der Onlinedienst, man habe aber „eine gute Basis gefunden, um sich in Zukunft sachlich auseinanderzusetzen“. Das Verhältnis zwischen BBW und grün-roter Landesregierung gilt als schwierig. Zuletzt hatten beide Seiten über die Übertragung des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst auf die Beamten gestritten.

Der Bundesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), **Udo Beckmann**, hat die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts begrüßt, dass streng gläubige muslimische Schülerinnen auch gegen ihren Willen am Schwimmunterricht - im "Burkini", einer spezi-

ellen Badebekleidung - teilnehmen müssen. (Urteil vom 11. September 2013, Az: BVerw 6 C 25.12) „Das Urteil gibt den Kolleginnen und Kollegen mehr Sicherheit bei der Planung schulischen Unterrichts. Der Respekt gegenüber dem Grundrecht der Glaubensfreiheit steht außer Zweifel“, stellte Beckmann klar.

Friedhelm Schäfer, der Vorsitzende des Niedersächsischen Beamtenbund und Tarifunion NBB, bezweifelt, dass es „durch die Einführung einer so genannten Bürgerversicherung zu einer nachhaltigen Sanierung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung“ kommen würde. „Durch die Einbeziehung aller privat Krankenversicherten und möglicherweise anderer Einkommensarten in die Berechnungsgrundlage kommt es zwar zu höheren Einnahmen, aber auch zu deutlich steigenden Leistungsausgaben. Es kommt also zu einer Verschärfung der Probleme beziehungsweise zu einer Verschiebung in die Zukunft und nicht zu einer Lösung. Auch die Darstellung der Bürgerversicherung als helfendes Arzneimittel gegen

eine behauptete Zwei-Klassen-Medizin ist nicht zu Ende gedacht“, sagte Schäfer am 12. September 2013 in Hannover.

Zum 8. Verbandstag des Verbandes der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB), der vom 23. bis 25. September 2013 in Königswinter stattfindet, werden rund 100 Mandatsträger und Delegierte sowie Gäste aus Politik, Verwaltung und dem Dienstleistungsbereich erwartet. Im Anschluss an den Festakt zum 35. Jubiläum des **VAB** am 23. September stehen die Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstandes und die gewerkschaftspolitische Weichenstellung an, um die Interessen der zivilen Beschäftigten im Zuge der laufenden Neustrukturierung der Bundeswehr auch in Zukunft optimal vertreten zu können.

Elke Koch, Bundesvorsitzende der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG), ist am 7. September 2013 von ihrem Amt zurückgetreten. Ihre Aufgaben werden bis auf weiteres vom stellvertretenden DJG-Bundesvorsitzenden **Emanuel Schmidt** übernommen.

Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) hat die Betriebe aufgefordert, noch zusätzliche Lehrlinge einzustellen. „Einerseits sind bundesweit 100.000 Lehrstellen noch nicht besetzt, andererseits sind 102.423 Jugendliche noch nicht versorgt“, mahnte der BLBS-Chef am 11. September 2013 mit Blick auf den Monatsbericht für August der Bundesagentur für Arbeit. „Wenn das so bleibt, wird sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im sogenannten Übergangssektor an den Berufsschulen im neuen Schuljahr noch gewaltig vergrößern.“ Dem könne der BLBS auf gar keinen Fall zustimmen, so Straubinger. „Alle reden vom Fachkräftemangel, deshalb muss die Anzahl der Jugendlichen im Übergangssektor Schule – Berufsausbildung dringend weiter verkleinert werden.“

Die kommissarische Vorsitzende des Vereins der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB), **Diana Böttger**, hat die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 12. September 2013 (Az. BVerwG 5 C 35.12) begrüßt, dass Eltern, deren Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz nicht erfüllt wird, die Kosten für eine selbst beschaffte private Alternative in bestimmten Fällen auf die Kommunen abwälzen können. „Das Urteil wird bundesweit dazu führen, dass die Städte und Gemeinden den Ausbau der Betreuungsplätze für Kleinkinder weiter vorantreiben oder sich gar um weitere Optionen bemühen, um gegebenenfalls kostspielige Erstattungen vermeiden zu können“, sagte Böttger am 16. September in Leipzig.
(11/37/13)